

Präsident Haberkorn: Will die Kammer von Vorlesung dieses Berichtes absehen? — Abgesehen. — Ist auch die Staatsregierung damit einverstanden? — Einverstanden.

Der nicht zum Vortrage gelangte Bericht der vierten Deputation lautet folgendermaßen:

Der Vorstand des unter dem Namen „Sächsischer Städtetag“ am 21. October 1867 in Würzen zusammengetretenen Vereins von Mitgliedern der städtischen Collegien Sachsens, Bürgermeister Streit zu Zwickau und Genossen, hat dem ihm in gedachter Versammlung ertheilten Auftrage gemäß und zugleich in seinem eigenen Namen unterm 1. November vorigen Jahres ein die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Militärleistungen bezweckendes Gesuch an die königl. sächsische Staatsregierung, und zwar an die königl. Ministerien des Krieges, des Innern und der Finanzen, gerichtet und darin wörtlich Folgendes vorgetragen:

„Infolge der starken Vermehrung des Militärs, welche in diesem Jahre für Sachsen unvermeidlich gewesen ist, haben nicht nur in älteren Garnisonstädten die Garnisontruppen bedeutend verstärkt werden müssen, sondern sind auch viele sächsische Städte, welche früher oder doch seit vielen Jahren Garnisonen nicht hatten, mit solchen belegt worden.

Dabei hat man die Unterbringung der Mannschaften der Garnisontruppen überall, soweit nicht in einzelnen wenigen Städten Kasernen zur Verfügung standen, auf Grund des Gesetzes vom 7. December 1837, den ersten Theil der Ordonnanz betreffend, den Gemeinden der Garnisonorte, beziehentlich den Grundstücksbesitzern daselbst auferlegt.

Die Friedenspräsenzstärke der einzelnen Truppenabtheilungen ist jedoch seit der Reorganisation der königl. sächsischen Armee bekanntlich eine weit größere, als diejenige war, welche man bei dem Erlasse jenes Gesetzes als möglich auch nur gedacht hat. Es ist daher die Last, welche die jetzige Naturaleinquartierung der Garnisontruppen den einzelnen städtischen Grundbesitzern bereitet, nothwendigerweise viel stärker und größer, als dieselben bei Erwerbung ihrer Grundstücke zu ahnen vermocht haben. Sie ist aber auch an und für sich eine so hohe, daß viele Grundstücksbesitzer der einzelnen Garnisonstädte sie auf die Dauer gar nicht zu ertragen vermögen, daß darunter zugleich mittelbar die große Mehrzahl der Gesamtheit der Bevölkerung dieser Städte auf das Aeußerste leidet, und daß insofern das Gedeihen dieser Städte selbst gefährdet ist.

Durch die jetzige, fast ununterbrochene Einquartierungslast werden die Grundstücksbesitzer in Garnisonstädten gezwungen, entweder das ganze Jahr hindurch solche Räume ihrer Häuser, die sie sonst vermieten oder vortheilhaft nutzen konnten, zur Unterbringung von Einquartierung zur Verfügung zu halten, oder, sofern sie die Aufnahme der von ihnen unterzubringenden Mannschaft in ihre eigenen Wohnräume mit den Rücksichten auf ihr häusliches oder Familienleben oder auch mit ihren geschäftlichen Verhältnissen nicht zu vereinigen vermögen, fast jeden Monat im Jahre

die Einquartierung bei dritten Personen unter den schwersten Opfern einzumieten.

In einem, wie in dem anderen Falle stellt sich thatsächlich die Einquartierungslast nicht mehr als eine vom Staate ausnahmsweise und vorübergehend geforderte mäßige Leistung, wie sie das Gesetz vom 7. December 1837 nach seinen §§. 2 und 33 offenbar im Sinne gehabt, sondern in Wahrheit als eine vom Staate den Grundstücksbesitzern der Garnisonstädte besonders auferlegte dauernde und zugleich sehr hohe Steuer dar. Denn da die für die Naturaleinquartierung gewährte Staatsvergütung in den meisten Städten in keiner Weise dem Betrage der den Grundstücksbesitzern entzogenen Grundstücksnutzungen und der mit der Einquartierung selbst verbundenen Ausgaben, noch viel weniger aber dem etwa nöthigen Aufwande für Einmietung der einquartierten Mannschaft bei dritten Personen gleichkommt, so werden durch die jetzige fast ununterbrochene und starke Einquartierung den Grundstücksbesitzern vieler Garnisonstädte Opfer angedrungen, welche nach Abzug jener Staatsvergütung an vielen Orten sich jährlich auf den einfachen, in manchen, namentlich industriellen Städten auf den doppelten Betrag der von den betreffenden Grundstücken jetzt zu entrichtenden Grundsteuer und noch höher berechnen.

Von den so schwer belasteten Grundstücksbesitzern mögen allerdings auch jetzt einige jene besondere Steuer zum Theil durch die Vortheile ausgleichen, welche die Anwesenheit einer starken Garnison ihrem Gewerbebetriebe gewährt, und andere mögen die Steuer zum größeren Theile durch Steigerung der Mietpreise auf die Unangesehenen abwälzen, soweit diese nicht, was besonders bei Hand-, Fabrik- und Bergarbeitern oft vorkommt, die Steigerung der Mietpreise dadurch verhindern, daß sie sich in benachbarten Dörfern einmieten. Allein auch im Falle jener Abwälzung auf die Mietbewohner muß die fragliche Steuer doch immer von Bewohnern derselben Stadt getragen werden und muß daher, da von diesen Mietbewohnern wiederum meistens nur einzelne durch die Garnison einen Nutzen haben, zuletzt doch die Interessen der Gemeinde schädigen. Außerdem ist in den meisten Garnisonstädten und besonders in denjenigen, wo die Fabrikindustrie oder der Bergbau die hauptsächlichsten Erwerbsquellen bilden, eine große Mehrzahl der Grundstücksbesitzer gar nicht in der Lage, von der Garnison einen Vortheil zu ziehen oder die durch die Einquartierung ihnen auferlegte Last auch nur zum Theile von Abmietern übertragen zu lassen.

Im Uebrigen wird durch die anhaltende Einquartierung den Quartierträgern oft die eigene Wohnung verleidet oder das Familienleben gestört — Nachtheile, welche keine Staatsvergütung ausgleichen kann — und werden endlich die geringen Vortheile, welche etwa für einzelne Einwohnerklassen von einer starken Garnison doch noch übrig bleiben, von der Theuerung der Nahrungsmittel, welche eine solche Garnison veranlaßt, oft genug aufgewogen.

Diesen Wahrnehmungen gegenüber hat eine am 21. October dieses Jahres in Würzen abgehaltene Versammlung von Rathsmitgliedern und Stadtverordneten aus fast der Hälfte der sächsischen Städte geglaubt, die Frage ins Auge fassen zu müssen: ob denn